

Verschwiegene Gewalt als Streitthema.

(Von E. Noldus.)

Die Pressemitteilung zum Thema „Gewalt an Schulen“ hat in zweierlei Hinsicht bemerkenswerte Erkenntnisse zutage gefördert. Wir versuchen eine Bilanz.

Der WAZ-Lokalredakteur Dominik Loth hat in einem Artikel vom 26. April behauptet, daß „die Behauptungen und Fallschilderungen der AfD“ in unserem Artikel vom 21. April nicht stimmen. So stellt Herr Loth in Abrede, daß die Realschullehrerin in „Fall 1“ mit einem Messer bedroht worden sei.

Die Mail der Lehrerin an ihre Klasse ist uns am 10. März bekannt gemacht worden. Daraufhin haben wir diese nach reiflicher Überlegung am 19. 3. 2023 veröffentlicht, um das Opfer selbst, unter Wahrung der Anonymität, zu Wort kommen zu lassen. In der Mail heißt es:

„Aber um allen Spekulationen entgegen zu wirken, handelt es sich in meinem Fall um einen dienstlichen Einsatz in der Schule, bei dem ich in eine (verbale) Bedrohung mit einem Messer geraten bin. Dieser Vorfall hat mir dermaßen den Boden unter den Füßen weggezogen, dass ich derzeit leider mein Dienstgeschäft nicht wieder aufnehmen kann.“

Herrn Loth ist diese Mail in ihrem vollen Wortlaut offenbar bekannt gewesen, zumal er sie indirekt erwähnt. Die gewählte Formulierung in der Mail ist in der Tat zweideutig und klärungsbedürftig.

Die Bezirksregierung stellte gegenüber Herrn Loth fest: „Es hat keine Bedrohung der Lehrerin mit einem Messer gegeben, die Bedrohung war rein verbal.“

In der unsensibel formulierten Feststellung der Bezirksregierung sehen wir eine Mißachtung des Opfers durch eine mediokre Bürokratenseele, denn die Lehrerin mußte durchaus mit der Möglichkeit rechnen, daß der Angesprochene nach der verbalen Attacke mit seinem Messer zustechen könnte. Die WAZ weiter:

„Die Schulverwaltung hat keine Kenntnis von dem Vorfall. Weiterführende Schulen sind nicht verpflichtet, solche Vorfälle der Stadt zu melden.“

Bei dem Vorfall an der Theodor-Heuß-Realschule haben wir durch eine bewußt anonymisierte Altersangabe – „Unterstufenschülerin“ – angedeutet, daß wir nicht ganz sicher waren, ob sich das so abgespielt hat. Die Verwendung der indirekten Rede (Konjunktiv) hat eine weitere vorsichtige Wertung enthalten. Offenbar haben wir damit das sprachliche Vermögen des durchschnittlichen WAZ-Redakteurs auf eine zu harte Probe gestellt.

Zu Fall 3 hat die Recherche der WAZ nichts ergeben, da sich die Ermittlungsbehörden zu dem laufenden Verfahren nicht äußern. Wie kann Herr Loth dann behaupten, die Schilderung stimme nicht?

Öffentlich machen oder nicht?

Der Gang an die Öffentlichkeit war das Resultat sorgfältiger Überlegungen. Einerseits gab es ein gewisses, nicht zu unterschätzendes Risiko, unzuverlässige Informationen vorzutragen. Andererseits besaßen wir die authentische Schilderung einer Betroffenen, die wir am 19. 3. 2023 veröffentlicht

haben. Auf eine Pressemitteilung hatten wir seinerseits bewußt verzichtet, da wir das Opfer zu Wort kommen lassen wollten, ohne den Anschein einer Instrumentalisierung zu erwecken.

Wir haben danach einen Monat gewartet, bis wir uns entschlossen haben, die drei uns bis dahin bekannt gewordenen Vorfälle öffentlich zu machen. Das hat uns jetzt den Vorwurf eingetragen, Behörden und Journalisten ungerechtfertigt ein Verschweigen von Migrantengewalt zu unterstellen. Dazu bemerken wir folgendes:

- Das eigentliche Thema ist das Verschweigen von Gewalt an Schulen. Wenn Migranten dabei eine wichtige Rolle spielen, ist das nicht die Schuld der AfD.
- Wenn, wie Herr Loth nun feststellt, die weiterführenden Schulen nicht verpflichtet sind, Vorkommnisse der hier geschilderten Art zu melden, dann sehen wir nachträglich darin eine Rechtfertigung unseres Vorgehens.
- Daher ist es durchaus aner kennenswert, wenn die WAZ eigene Recherchen anstellt und ausführlich berichtet. Das ist durchaus im Sinne der AfD-Fraktion, die erlebt hat, daß nach dem schwerwiegenden Vorfall an der Gesamtschule Osterfeld im Juni letzten Jahres die drei großen Ratsfraktionen das Thema unter den Tisch gekehrt haben.

Die Fragen bleiben!

Ein weiteres Motiv war das Hineintragen von Fragen in die Öffentlichkeit. Es sind Fragen, die besorgte Eltern zu recht stellen:

- Warum dulden die Behörden, daß die Schulen solche Vorfälle vertuschen?
- Warum müssen es die Eltern hinnehmen, daß Kriminelle an ihre Schule versetzt werden? Wieso gibt es keine Möglichkeit, daß Kriminelle ihrer Schulpflicht abseits von Regelschulen genügen?
- Warum werden kriminelle Ausländer nicht konsequent dorthin abgeschoben, wo sie hingehören: nämlich in ihre Herkunftsländer?!

Eine weitere Frage richtet sich auch an die Opfer von Gewalt. Warum schweigen sie, wenn die Medien beispielsweise in ihren Berichten über Gewalttaten das Selbstmitleid der Täter zelebrieren und die Opfer mit dem Beiwort „mutmaßlich“ als Lügner diffamieren?

Einige Anmerkungen zu Leserreaktionen.

Berichte, welche um die AfD oder deren Themen kreisen, ziehen regelmäßig auch, aber nicht nur, auf Facebook linke Schreihälse an, die jede Möglichkeit nutzen, ihre geistige Armut vorzuführen. Diese Klientel ist hier einmal ausnahmsweise stumm geblieben, weil sich das Thema nicht für abgeschmackte Polemik eignet.

Herr Tobias Szczepanski stößt sich daran, daß in einem Fall die Opfer als „vermutlich türkische Mädchen“ bezeichnet worden sind. Ob es der versteckte Hinweis an eine gewisse Klientel sei, bloß kein Mitleid mit den Opfern zu bekommen? Und Medet Ates kommentiert diesen Beitrag: „Ist ja auch, der letzte Müll“

Wir stimmen Herrn Szczepanski zu, daß bei Kindern als Opfer die Nationalität keine Rolle spielen sollte. Wir haben sie genannt, weil uns gerne von desinformierten Zeitgenossen vorgeworfen wird, den Erwartungen „einer gewissen Klientel“ zu genügen. Importierte Gewalt macht keine Unterschiede, gegen wen sie sich richtet.

Der Kommentar des Stadtverordneten Kempkes (AfD) lautete, „selbstverständlich“ ergebe die sogenannte Recherche eine in interessierten Kreisen erwünschte Mischung aus Verleugnung, Relativierung, Bagatellisierung und Verharmlosung. „Ansonsten behilft man sich mit einem Hinweis auf den Datenschutz. Denn, was nicht ins ideologische Konzept passt, darf nicht Realitäten abbilden.“

Das hat Herrn Reinhard Messing zu der Entgegnung veranlaßt, der WAZ-Artikel stelle eine versachlichende Recherche dar. „Das ist auch Aufgabe der Presse – und nichts anderes. Wer wie die AfD Emotionen schürt, trägt nicht zur notwendigen Versachlichung eines sicherlich wichtigen und sensiblen Themas bei. Aber gerade das ist Aufgabe der Politik und damit auch der AfD.“

Den Nachsatz, Vermutungen, Konjunktive und Halbwissen gebe es – auch in der AfD – genug, lassen wir als legitime Kritik gelten. Aber wir nehmen für uns in Anspruch, den Gang an die Öffentlichkeit nicht leichtfertig angetreten zu haben. Ohne diesen Schritt wären jene Dinge unter der Decke geblieben. Wenn die WAZ-Recherchen Ergänzungen oder Abweichungen ergeben haben, so ist das im Sinne einer Versachlichung insofern von Belang, als sich nun jeder ein eigenes Bild machen kann.

Es ist natürlich auch „der Glaube an die Neutralität von Journalismus“ (W. Kempkes) Gegenstand der Meinungsbildung. Ob man damit nur vom Eigentlichen ablenke und das zur Methode erhebe (R. Messing) ist eine Frage, die wir hier nur stellen, aber als zu weit wegführend nicht beantworten können.

Frau Nina Jansen behauptet, „die Herren von der AfD (Frauen fühlen sich dort nicht wohl) schüren einfach Angst und Hass. Sie suchen Fehler aber Lösungen haben sie nicht anzubieten.“

Solche pauschalen Äußerungen fallen immer dann, wenn man inhaltlich nichts zu sagen hat. Wir empfehlen Frau Jansen, die nächste Ratssitzung am 15. Mai um 15 Uhr in der Luise-Albertz-Halle zu besuchen, um sich mal ein Bild von der Arbeit des Stadtrates zu machen.

Frau Heike Kensbock hat die Sache auf den Punkt gebracht, als sie am 28. April in der WAZ-Leserbriefecke schrieb:

„Es ist gut, daß die Vorfälle an den Schulen nicht so geschehen sind, wie sie geschildert wurden. Trotzdem bleibt es Gewalt!“

Wir bedauern, daß Frau Kensbock die Ausführungen Herrn Loths in dem besagten WAZ-Artikel vom 26. April reichlich unkritisch zu der Bewertung verarbeitet hat, daß die Vorfälle „nicht so geschehen“ seien. Aber die Erkenntnis bleibt.